

Arbeiterzeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche...

Sonntag, 20. Februar 1921

Anzeigenpreise: Die 8zeilige Mittelzeile oder deren Raum 0,90 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen...

Hochverratsprozess gegen die Schlesische Arbeiterzeitung?

Von den von der 'Tagespost' und Berliner Zeitungen veröffentlichten Umsturzplänen der schlesischen Kommunisten...

Die Enthüllungen bringen der Polizeibehörde nichts Neues. Wie die Breslauer 'Arbeiterzeitung' fast täglich in einer den...

Also Mörder und Verschwörer läßt der Polizeipräsident frei umher- und davonlaufen.

Aber gegen die Kommunisten, die das Verbrechen begangen haben, gegenrevolutionäre Verschwörer und Mordgehilfen zu entlarven und die Arbeiter zur Abwehr aufzurufen...

Die Berliner Behörden strafen den Polizeipräsidenten Lügen.

Dabei schämt sich das Breslauer Polizeipräsidium nicht bewußt zu lügen, indem es behauptet, als seien die 'Enthüllungen' echt...

Diese Behauptung wird selbst von Berliner Behörden Lügen gestraft.

Den 'P.P.R.' wird amtlich mitgeteilt: Einige Berliner rechtsprechende Blätter sind im Anschluß daran ebenfalls rechtsprechende Zeitungen der Provinz Niederschlesien...

tionen in Breslau am 19. Dezember 1920. Hierzu ist zu bemerken, daß dieses Material in der Form, wie es die genannten Zeitungen veröffentlicht haben...

Wir erwarten, daß das Polizeipräsidium auf Grund der 'Agentenwerke', der Aussagen unzuverlässiger Personen und unserer Aufforderung zur Selbsthilfe des Proletariats...

Die 'Volkswacht' leistet Zuhälterdienste.

Die 'Volkswacht', die auf Grund der Enthüllungen über die Breslauer Orgesch es zu weiter nichts brachte, als zu einer lendenlahmen Aufforderung an die bürgerlichen Behörden...

Freistaat Danzig.

Polen wurde von den kapitalistischen Westmächten an-ersehen, als Schutzwall zwischen Rußland und Westeuropa zu dienen. Das polnische Volk, kulturell rückständiger als die Ententevölker...

Man sollte annehmen, daß die alten deutschen Patrioten, die nun von ihrem 'Vaterland' abgetrennt wurden, seiner in tiefer Trauer gedenken. Davon ist nichts oder sehr wenig zu bemerken.

Die Lebensmittelversorgung wächst sich immer mehr zu einem Skandal aus. In langen Reihen steht man in Danzig, oft vergebens, nach Brot an.

Der 'Senat', die höchste Körperschaft Danzigs, ist reaktionär bis auf die Knochen. Deutsche Kommunisten dürfen in Danzig nicht tätig sein.

Der Straßenbahnerstreik im Ruhrgebiet.

(II.) Essen, 18. Februar. (Frankfurter Zeitung.) Der Arbeitgeberverband für die Straßenbahnen gibt bekannt, daß alle Streikenden, die bis zum 19. Februar die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben...

Nach in Dortmund hat die Straßenbahndirektion den Streikenden bekannt gegeben, daß, wer bis 19. Februar nicht seine Bereitschaft zum Streikbruch ausgesprochen hat...

Sordaner des Streiks in den Warschauer Eisenbahnwerkstätten.

(II.) Warschau, 17. Februar. Der Streik in den Warschauer Eisenbahnwerkstätten dauert fort. Im Eisenbahndepot arbeiten Soldaten.

Kommunistische Mehrheit in der Neapeler Arbeiterkammer.

Neapel, 17. Februar. In der jüngst stattgefundenen Sitzung der Arbeiterkammer provozierten die Sozialisten eine Abstimmung, durch welche sie die Abdankung des kommunistischen Sekretärs erzwingen wollten.

Konstituierung der kommunistischen parlamentarischen Fraktion.

Rom, 17. Februar. Der Präsident des Abgeordnetenhauses verhandigte die kommunistischen Abgeordneten, daß das Präsidialamt die Konstituierung einer besonderen parlamentarischen Fraktion der kommunistischen Partei Italiens zur Kenntnis genommen hat.

Rom, 17. Februar. Der sozialistische Abgeordnete Bucco, der als Sekretär der Arbeiterkammer in Bologna den Weisgardisten gegenüber sich feige benahm...

Ermordung eines bolschewistischen Delegierten.

(II.) London, 18. Februar. Nach Nachrichten aus Delhi ist der bolschewistische Delegierte Bradin, früherer Führer der bolschewistischen Delegation in Afghanistan, ermordet worden.

Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Frankreich.

Paris, 15. Februar. In der Chauffeurgewerkschaft finden gegenwärtig die Wahlen für das neue Büro statt. Die letzte Vollversammlung in Paris am 10. Januar endete mit dem Sieg der Minderheit.

Die Bewegung schreitet in allen Fachverbänden trotz der Pression des Zentralbüros erfolgreich fort. In den Gewerkschaften der Postler und der Privatbeamten, der Räder wurden revolutionäre Komitees gebildet.

Der 'Senat', die höchste Körperschaft Danzigs, ist reaktionär bis auf die Knochen.

Die polnischen Parteien haben bisher in Danzig keine glückliche Rolle gespielt. Die SPD hat bis jetzt fast alle Gewerkschaftsposten von Bedeutung...

Die polnischen Parteien haben bisher in Danzig keine glückliche Rolle gespielt. Die SPD hat bis jetzt fast alle Gewerkschaftsposten von Bedeutung...

Die polnischen Kommunisten sitzen zum größten Teil im Gefängnis. Die übrigen sind gezwungen, illegal zu leben.

Die polnischen Kommunisten sitzen zum größten Teil im Gefängnis. Die übrigen sind gezwungen, illegal zu leben. Mit ihnen sucht die USP keine Verbindung...

Die polnischen Kommunisten sitzen zum größten Teil im Gefängnis. Die übrigen sind gezwungen, illegal zu leben. Mit ihnen sucht die USP keine Verbindung...

Als Staatswesen ist Danzig als oberhalb zu betrachten, als ein Hort der Weltkriege und Weltreaktion. Selbst dem Zusammenbruch nahe, sucht es durch eine konzessionierte Spielbank in Joppot („das nordische Monte-Carlo“) noch einige Pfoten vom Tisch der internationalen Schieber zur Fröhen seines kümmerlichen Daseins zu erhaschen. Der Freistaat Danzig wird nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Die siegreiche Weltrevolution wird die Staatsgrenzen beseitigen, die heute den Freistaat Danzig von seinem natürlichen wirtschaftlichen Hinterland trennen. Sie wird den Hafen von Danzig dem Wirtschaftsleben eines Mitteleuropas wie Mitteleuropas in gleicher Weise dienstbar machen.

Politische Uebersicht.

Herr Severing, lassen Sie verhaften!

Zum Berliner Orgeschwaffensfund.

Wir sind in der Lage, über den Waffensfund in der Oberfeuerwerkerschule in Alt-Moabit noch genauere Angaben zu machen.

Die Waffen gehören dem ehemaligen Zeitfreiwilligenverband „Schuß-Regiment Groß-Berlin“. Nach Eberts Kaiserlaß, der die Sondergerichte gegen militärische Geheimorganisations einsetzte, nannte sich der Verband „Deutscher Verein für Leibesübungen Olympia. G. B.“. Die Waffen der Berliner Mitglieder wurden damals in der Oberfeuerwerkerschule in Sicherheit gebracht. Die Sportgruppen in den Vororten haben dagegen die Waffen behalten und sich in die Kintowehrenten aufnehmen lassen, um gegebenen Falles bei Hausdurchsuchungen den Waffenbesitz rechtfertigen zu können. Die Mitglieder des „Deutschen Vereins für Leibesübungen Olympia G. B.“ sind vollständig selbstverschämlich ausgerüstet mit Stahlhelmen, Handgranaten, Gewehren usw. und 250 Schuß Munition. Der Sport ist nur Maske. Der Verband hat seinen alten Zweck: Kampf für die Wiederaufrichtung der Monarchie unter dem Vorgeben, den Staat gegen Einkassische zu verteidigen, beibehalten. Der Verband zählte bei der Umwandlung in den Sportverein 2000 Mitglieder, jetzt ist er auf 3500 — 4000 Berschworene angewachsen. Vorstand und Kommandeur ist Major von Heringen.

Bei der Aufnahme der Mitglieder wird sehr vorsichtig verfahren. Nur frühere Offiziere, Offiziersanwärter und Einjährige finden Aufnahme. Der Verein hält regelmäßige militärische Übungen ab.

Die Mitgliedskarte des Sportvereins zeigt die Photographie des Mitgliedes und eine freie Seite zur Aufnahme des Waffenspasses. Der Verein ist der Orgeschwaffensfund und durch Hauptmann Postelmann dem bayrischen Ordnungsbund angegliedert. Auch mit der Reichswehr steht der „Deutsche Verein für Leibesübungen Olympia G. B.“ in Verbindung. Die Regierung ist über das wahre Wesen dieses militärischen Sportvereins unterrichtet und duldet ihn stillschweigend.

Herr Weigmann hätte also schon längst zupacken können. Natürlich sind Eberts Bluggerichte für solche Berschwörer nicht vorhanden. Wie steht es mit der Verhaftung des Majors von Heringen und des Hauptmanns Postelmann, Herr Severing?

Das hat keine Güte, nicht wahr, Herr Severing? Galt es nur mit den Kommunisten, die Herrn Weigmanns Spitzel denunzieren.

Der schweigende Weigmann.

In dem Prozeß gegen die konstruierte Rote Armee vor dem außerordentlichen Gericht in Kassel machte der Vorsitzende die von uns im Bericht erwähnte sensationelle Mitteilung, daß nach seiner Feststellung in Berlin der Herr Staatskommissar für die öffentliche Sicherheit die Mitteilungen über die Rote Armee aus der Anklageschrift in die Öffentlichkeit gebracht habe. — Verstoß gegen das Pressegesetz. — In der Veröffentlichung wird als erwiesen behauptet, was eine Spitzelphantasie erdachte. Das ist fürwahr ein weiter Sicherheitskommissar, der respektlos das Strafrecht verleiht und strapellos politischen Schieberen obliegt.

Bisher hat sich der Herr Staatskommissar zu der Beschuldigung durch den Vorsitzenden des außerordentlichen Gerichts, Landgerichtsrat Hartmann, noch nicht geäußert. Auch seine vorgesetzte Dienstbehörde schweigt zu diesem Skandal.

Simons und der Deutsche „Verteidigungskrieg“.

Der Flug des einstmaligen „weißen Raben“ des Herrn Breitscheid nimmt seinen Kurs ins Lager der schwärzesten Reaktion. Je mehr die internationale Wirtschaftskrise, von der deutsche Schmutzkonzurrenz angeknüpft und verschärft, den Entente-kapitalisten Magendrücken verarsacht, desto „unlängiger“ wird die Sprache des deutschen Schuldners, der ganz nach der Art des gewissen Bankrotten seinen Gläubigern Warnmacht, daß sie selber ein schlechtes Geschäft machen, wenn sie ihm die Gabel zudrücken. In seiner letzten Rede in Karlsruhe hat sich Simons bereits so weit vorgewagt, daß er die verlogene Phrase vom „deutschen Verteidigungskrieg“ sich zu eigen machte, daß er die Entente bereits an dem Punkt zu zeigen magte, wo sie am empfindlichsten ist. Seit doch die ganze Agitation der Ententebourgeoisie davon, sich zum strafenden Richter über den kriegsverbrecherischen deutschen Kaiserismus auszusprechen. Der Glaube, daß die Londoner Konferenz zeigen wird, daß die englischen und französischen Kapitalisten auf die deutschen genau so angewiesen sind wie umgekehrt, der Plan, die Interessengemeinschaft des internationalen Kapitals auf Kosten des Weltproletariats in London zu befestigen, damit ihm so gesteuert, daß er nach allgemeinem Rezept die Politik der rassistischen Phrase und der rassistischen Jagd nach dem Asien ist. Als wichtiges Gegenwärtiges für die unerschrocken propagierende Aufführung der Melodie vom deutschen Verteidigungskrieg bietet Simons tralen Erfolg durch das Wort von der „Kath-

und Arbeit“, mit denen er „den Ansprüchen der Alliierten gerecht zu werden“, d. h. der Kolonialisierung Deutschlands durch das Ententekapital Vorschub zu leisten verspricht. Wenn Simons sagte:

Es hieße Katastrophopolitik treiben, wenn wir die Pariser Beschlüsse in London anerkennen würden. Denn wir könnten sie nur anerkennen, indem wir doch bestimmt mit unserem Konkurs rechneten, oder wir müßten darauf hoffen, daß über kurz oder lang ein Umsturz, eine Umwandlung der politischen Ordnung in Europa einsehen würde,

so verbirgt sich hinter der scheinbar lähnen Sprache, die dem deutschen Bürger das stolze Herz erwärmt, in Wahrheit die völlige Kapitulation vor dem Ententekapital, dem mit dem Hinweis auf den drohenden „Umsturz“ der deutsche Degen gegen den Bolschewismus in Deutschland und in Sowjetrußland in die Hand gedrückt wird.

Die Unabhängigen, die so sehr darauf drängten, daß die Regierung in London verhandeln möge, sie sind an dem schon jetzt sich klar abzeichnenden Ergebnis dieser Verhandlungen voll und ganz mitschuldig. Wie beim Versailler Friedensschluß, haben sie aus freien Stücken sich zum Vorspann der Bourgeoisie gemacht.

Die Provokationen des Herrn v. Kahr.

Herr v. Kahr hat gestern im bayrischen Landtag eine Sprache geführt, die den Vorzug hat, sehr eindeutig zu sein. Ebenso genau jedes Wort von dem großen Selbstbewußtsein und dem Machtgefühl, das der bayrischen Reaktion eigen ist. Herr v. Kahr dachte gar nicht daran, im Konflikt mit den Oppositionsparteien des Landtages diesen Parteien irgendwie etwas nachzugeben, sondern im Gegenteil, er provozierte sie auf das allerhöchste.

Die Ursache des Konfliktes, seine Weigerung, dem Landtag Rede und Antwort zu stehen über die in Berlin gepflogenen Verhandlungen, rechtfertigte er mit der ihm vom Reichskanzler aufertragenen Schweigepflicht und verpöbelte die Opposition, daß sie gleich so nichts geworden wäre.

Zur Entwaffnungsfrage erklärte er deutlich und mit allem Nachdruck, daß von einem Bericht auf die Einwohnerwehren gar keine Rede sein könne. Er bezeichnete die Bewaffnung des Bürgertums als eine Lebensfrage für dasselbe und erklärte kategorisch: Die Bewaffnung dürfe bestehen, solange es eine bolschewistische Gefahr gäbe. Um auch dem Humor Geltung zu verschaffen, prägte er folgenden fälschlichen Satz:

„Der Einwohnerwehrgedanke sei auch der Gedanke des Gemeinschaftsgefühls des Wiederaufbaues der Staatserhaltung und der staatlichen Ordnung. Diese hohen idealen Kräfte dürfe keine Staatsregierung leichtem Herzens preisgeben oder zurückziehen, ohne den Staatsgedanken selbst zu schädigen. Der tiefste Grund unseres Unglücks sei das Ueberwuchern des Materialismus über den Idealismus gewesen.“

Da haben wir es: Die Einwohnerwehren sind dazu da, den Materialismus zu beseitigen und den Idealismus zu heben.

Das hat Herr v. Kahr gesagt. Er hat der Sozialdemokratie den Willen getan und ihr wissen lassen, wie er zur Frage der Entwaffnung steht. Was wird die Sozialdemokratie bei der nächsten ihm nun hierauf zur Antwort geben? Wird sie sich mit dem Gesammel begnügen, daß der Vertreter der Rechtssozialisten wie der der Unabhängigen achtern im Landtag herunterhangelten oder werden sie sich von ihrer ersten Verblüffung über die erhaltene Belchruna und die brutale Provokation bald erholen und die Entwaffnung durch die Daten durchzusetzen versuchen? Sie wollen Klarheit haben, sie haben sie jetzt erhalten. Sie wissen jetzt, falls sie es vordem noch nicht gewußt haben sollten, daß die bayrische Reaktion sich gutwillig die Waffen nicht entwinden läßt. Daß die Entwaffnung durch die Entente vorgenommen werden wird, werden hoffentlich die Sozialdemokraten selbst nicht glauben. Also, was wollen sie, die Rechtssozialisten wie die Unabhängigen tun? Das ist die Hauptfrage, die jetzt gestellt werden muß, auf die Antwort sind wir sehr gespannt. Will die Sozialdemokratie zu Daten schreiten, die Unerbittlichkeit der Kommunisten ist ein Faktor, mit dem sie früher rechnen darf.

Kapitalistische Wirtschaft

Die kapitalistische Zwickmühle.

Der Versailler Vertrag, von der Entente gedacht als Geschenk, das den deutschen Konkurrenten endgültig über das Ohr hauen sollte, zeigt in seiner Auswirkung die unlöslichen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft.

Die „Berliner Gazette“ schildert die Rückwirkung der deutschen Wiedergutmachungsleistungen auf die englische Industrie und Industriepolitik folgendermaßen:

„Unsere Schutzöllner und Entschädigungsjäger haben jede mögliche Aktion in der Frage der deutschen Farbstoffe ergriffen. Sie scheinen jedoch von den Ergebnissen nicht befriedigt zu sein. Jetzt haben sie Deutschland gezwungen, durch eine Bestimmung im Vertrage von Versailles dem Reparationsanspruch ein Viertel seiner jährlichen Farbstoffproduktion auszuliefern. Dies wurde vernünftig getan, um unsere Textilfabriken eine reichliche Versorgung mit farblicher Farbe zu sichern. Dann schritten sie im Interesse der Farbstoffindustrie dazu, ein Gesetz anzunehmen, das der Einfuhr deutscher Farben jede mögliche Schwierigkeit in den Weg legt und das durch eine Politik eingeleitet war, die der entsprechenden Bestimmung des Friedensvertrags direkt entgegensteht. Jetzt wird die Klage laut, daß die deutsche Farbstoffindustrie so klüß, daß sie in der Lage sei, mehrere ausländischen Märkte zu übersetzen. Die ganze Frage ist ein Teil des Streites wegen der Entschädigung. Jetzt fordern wir die Entschädigung und einen Teil davon in Farben. Dann erklären wir, wir wollen keine Farbstoffe haben, und zwar wegen des Schadens, der dadurch unserer eigenen Farbstoffindustrie zugefügt wird. Dann haben wir,

daß der Markt ein Weltmarkt ist und daß die deutschen Farben ihn überfluteten. So wird es wahrscheinlich mit jeder Art von Waren sein, mit denen die Entschädigung bezahlt werden soll.“

Weder das Ententekapital, noch die deutschen Kapitalisten kommen aus dieser Zwickmühle heraus. Würdt die Entente den deutschen Konkurrenten ab, so löst sie zugleich ihren Schuldner, ohne dessen Zinsdienst sie nicht kapitalistisch weiterexistieren kann. Läßt sie die Schrauben locker, so entsteht sofort aus der deutschen Schmutzkonzurrenz ein gefährlicher Konkurrent. Der Hauptleidtragende bleibt dabei stets das Proletariat, auf das in jedem Falle die Folgen des wirtschaftlichen Verfalls abgemäht werden — in Deutschland so gut wie jenseits des Rheins.

Gewerkschaftliches.

Gegen die Kommunistenhebe im DED.

Die Erfurter Eisenbahner nahmen in einer sehr stark besuchten Mitgliederversammlung am Sonntag zur Entlassung ihres Ortsbeamten, des Genossen Schmitt, durch den Hauptvorstand des DED, Stellung und ersuchten Schmidt nahezu einstimmig, weiter zu amtieren und weiter im Sinne des Kommunismus zu wirken.

In Leipzig hat in Gegenwart eines Ortsbeamten und eines Hauptvorstandsmitgliedes eine Besprechung über die Wege zur Bekämpfung der Kommunisten stattgefunden. Alle Kommunisten wurden aus „Reinlichkeitsgründen“ ausgeschlossen, den Saal zu verlassen. In der Diskussion wurde den Amsterdamer sehr deutlich die Meinung gesagt und für die Rote Gewerkschaftsinternationale gesprochen.

In München fand am Sonntag die Generalversammlung des DED statt. Die Versammlung verlangte von dem anwesenden 2. Hauptvorstandenden Bernhardt ein Referat über „Politik und Lohnpolitik des DED“. Bernhardt machte sich die Sache durch den Hinweis, daß schon alles in der Presse gekannt habe, sehr leicht und verteidigte insbesondere die Streikabwägung durch den Hauptvorstand. Der Korreferent, Genosse Schlaffer, schilderte in eingehenden Ausführungen die verwerfliche, zur Verleumdung der Massen und zur Sprengung der Gewerkschaften führende Politik des Hauptvorstandes. Bei der Ortsverwaltungswahl wurde die kommunistische Liste mit fast 300 Stimmenmehrheit gewählt. Da aber die Wahl infolge Mangel und schlechter Vorbereitung nicht einwandfrei durchgeführt war, wurde eine Urabstimmung beschloffen. Auch in dieser Urabstimmung werden unsere Genossen alles daransetzen, damit die Eisenbahner Münchens dem Hauptvorstand die Dichtung geben für seine verhandelspaltende Tätigkeit.

Die Gewerkschaftsbürokratie gegen die Halleischen Metallarbeiter.

Halle, 16. Februar. „Den Metallformern in Halle sollte der Akkord aufgezwungen werden, das hat der Deutsche Metallarbeiterverband abgelehnt, zugleich aber eine Lohn-erhöhung gefordert. Die Unternehmer haben nur 20 Pf. pro Stunde bewilligt. Die Streikenden wollten weiter im Ausstande beharren. Die Gewerkschaftsbürokratie hat aber der Halleischen Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Auszahlung der Streikunterstützung wegen Unterlassung der statutenmäßigen Anmeldung des Streiks verweigert, so daß die Arbeiter gezwungen waren, sich mit dem geringen Zugeständnis der Unternehmer abzufinden. Die Forderung der Unternehmer nach Akkord ist jedoch abgelehnt.“

Sollte man es glauben? Wegen Unterlassung einer bürokratischen Formalie verhungern die Gewerkschaftsbindungen der Arbeiterschaft einen Lohnlampf! Natürlich handelt es sich nicht um die bloß vorgeschpielte Formverleugung. Diese war nur der Deckmantel für die Kampfische der Gewerkschaftsbürokratie, die sich als Schutztruppe des Unternehmertums fühlt.

Die Straßenbahner für die proletarische Einheitsfront.

Zwei Versammlungen des Bahnhof 19 der Berliner Straßenbahn nahmen dieser Tage gegen 3 Stimmen folgendes Entschließen an:

„Die Belegschaft des Bahnhof 19 der Berliner Straßenbahn, Schönhafer Allee, nimmt Kenntnis von den Forderungen des Offenen Briefes der RPD, und verpflichtet sich, geschlossen für dieselben einzutreten, nur ihre Organisationen auf, überall zu dem Offenen Brief Stellung zu nehmen. Die Belegschaft steht auf dem Standpunkt, daß nur dadurch das Proletariat aus dem Elend herankommen kann und die Einigkeit des Proletariats wieder hergestellt wird.“

Die Berliner Maschinenschlosser für die Entsendung von Delegierten zum Moskauer Gewerkschaftskongreß.

Die Branchenversammlung der Maschinenschlosser nahm in zwei Versammlungen Stellung zu dem Bericht der Branchenleitung. Bei der Renwahl wurden nur Mitglieder der RPD in die Branchenleitung gewählt. Die Branchenversammlung nahm eine Resolution an, die sich zu den Forderungen des Offenen Briefes bekannte. Sie verurteilte die Beschlüsse des erweiterten Beirates des Metallarbeiterverbandes vom 12. Januar, die den Hinanswurf der Kommunisten aus dem ganzen Metallarbeiterverband ermöglichen soll. Die Branchenversammlung stellte an die Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes, die in der Verwaltungsstelle Berlin, den Antrag, sich mit der Entsendung von Delegierten zu dem am 1. Mai beginnenden internationalen Gewerkschaftskongreß in Moskau zu beschäftigen. Die Maschinenschlosser ihrerseits schlugen dem deutschen Metallarbeiterverband die Entsendung von drei Kollegen vor. Die Branche der Maschinenschlosser umfaßt in Berlin 25 000 Mitglieder.

Ausland.

Die Verzögerung der russisch-polnischen Verhandlungen.

(Privattelegramm der „Schlesischen Arb.-Ztg.“).

Moskau, 16. Februar. „Brawda“ schreibt in ihrem Artikel, betitelt: „Was soll es bedeuten?“ über die Verzögerung der Verhandlungen in Riga, daß es sich hier um ein Spiel der polnischen Diplomatie handle, die sich mit einer absoluten Borniertheit jetzt auf ihre Goldforderung von 80 Millionen festzieht. Natürlich ist diese Abstraktion der polnischen Diplomaten nicht aus dem Willen der polnischen Bourgeoisie allein zu erklären; diese zwei Wellen der Verleumdungen, die sich aus Warschau und aus Paris über die russische Sowjetregierung ergießen, führen auf den Ursprungspunkt auch des anderen Intrigenspiels, das der polnischen Diplomatie den Rücken stützt, auf die verstrickte Diplomatie der Entente zurück. Es ist auch klar, daß die Ueberreste der russischen weißgardistischen Organisationen, die mit offener Unterstützung der Entente in Paris und in Warschau ein zweifelhaftes Dasein fristen, einen bewaffneten Konflikt mit uns sehr gerne sehen. Aber die ganze Welt weiß, soweit sie aufrichtig ist, daß wir friedliche Absichten haben, und daß wir die Genossen, die demobilisiert werden, an der Front der Arbeit zum friedlichen Kampf des Aufbaues verwenden wollen. Es ist also klar, daß es unsere Feinde sind, die uns in diesem Weltfrieden wollen mit allen Mitteln der Verleumdung und hinterlistiger Kulisssendiplomatie. Wir wissen dies und bleiben dabei, daß wir den Frieden wollen. Niemand aber werden wir uns den Herren Driand und Pilsudski ausliefern.

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz.

Zürich, 15. Februar. Das städtische Arbeitsamt teilt mit, daß im Januar 1921 auf 100 offene Stellen 352,6 Arbeitsuchende gegen 271 im Vormonat und 152,5 im Januar 1920 kommen. Die Arbeitsverhältnisse in Zürich sind sehr ungünstig.

Kein Bedarf.

Basel, 15. Februar. Der Ständerat in Bern hat den Antrag, die in Deutschland übliche Schutzhaft in der Schweiz einzuführen, mit der Begründung abgelehnt, daß der Bundsrat sich schon ohnedies zur Abwehr von „revolutionären Umtrieben“ entschlossen hat.

Die Streikwelle in Italien.

Mailand, 15. Februar. Der Streit der Telegraphenbeamten, der seit einiger Zeit das Wirtschaftsleben paralyisiert, ist ein Zeichen der allgemeinen Stimmung der Staatsangehörigen. Die Disziplin in der Armee ist in Auflösung begriffen, die Karabinieri betrinken sich während der Dienstzeit, die Gefängniswärter drohen mit dem Streik. Die Gerichte können wegen Mangel an Personal die Prozesse nicht erledigen, während von der Staatsanwaltschaft unzählige Anlagen gegen die Kommunisten erhoben werden.

Mailand, 15. Februar. Aus Fontanellato wird gemeldet: Infolge der unzureichenden Lebensmittelversorgung hat die Arbeiterschaft der Stadt den Generalstreik erklärt.

Vor großen Lohnkämpfen in Amerika.

Washington, 14. Februar. Der Stahltrust in den Vereinigten Staaten bereitet für den Frühling allgemeine Lohnverkürzungen vor. Um der Gefahr der Verleumdung vorzubeugen, haben sich die Vertreter der Arbeiterschaft aus 14 Staaten zusammengesunden und ein vorbereitendes Komitee gewählt, das die einheitliche Abwehraktion in den 14 Staaten organisieren soll. Die Arbeiterschaft hofft auf diese Weise viel besser ihre Interessen verteidigen zu können, als durch die bisherigen isolierten Einzelhandlungen.

Im April Neuwahlen zum engl. Unterhaus.

(H.N.) London, 17. Februar. Die Wahlen für das Ober-Parlament sollen am 5. April stattfinden. Das Parlament wird dann im Juni zusammentreten.

Aus Sowjet-Rußland.

Vorbereitungen zum Sommeraufenthalt der Kinder. In der Umgebung Petersburgs werden Sommerkolonien für Kinder eingerichtet, in denen 35 000 Kinder untergebracht werden sollen. Man will den Kindern in den Kolonien Gelegenheit bieten, Gartenarbeiten und landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten.

Fortschritte im Eisenbahnwesen. In der Sowjetrepublik Turkestan werden mit Dekret des Rates der Volkskommissare ebenso wie im übrigen Rußland Untertunfshäuser und Restaurants zur unentgeltlichen Unterbringung und Verpflegung von Reisenden an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und in den großen Städten eingerichtet.

Die Ausnutzungsmöglichkeit des bestehenden Eisenbahnnetzes und der Ausbau der neuen Eisenbahnlinien machen rasche und bedeutende Fortschritte.

Zustandsetzung der Bewässerungsanlagen in der Kirgisensteppe. Der Kongreß der Kirgisen Turkestan beschäftigt sich mit den Instandsetzungsarbeiten der Bewässerungsanlagen der Steppe. Vorläufig wurden 30 000 Hektar in Stand gesetzt, für die nächsten 4 Jahre sollen die Bewässerungsanlagen im Ausmaße von 638 000 Hektar wiederhergestellt werden.

Auffschwung der Lederindustrie. Während im ersten Halbjahre 1920 die Lederindustrie 125 000 Häute verarbeitet, wurden im 2. Semester 230 000 Häute verarbeitet. Der Vorrat an Häuten beträgt 2 300 000 Stück, von denen 350 000 nach dem europäischen Rußland exportiert werden.

Das Institut der Journalistik in Petrograd.

„Krasnaja Gazeta“ meldet: Das am 20. Dezember beim Petrograder Büro der „Kofka“ eröffnete Institut für Journalistik stellt eine Lehranstalt dar, deren Programm sich auf alle für Berufsjournalisten notwendigen Wissensgebiete erstreckt. Das Programm umfaßt: Politische Geschichte Europas vom 18. bis 20. Jahrhundert, Literatur und Kunst Westeuropas, die politische Geschichte des zaristischen Rußlands, russische Literatur und die gesellschaftlich-politische Entwicklung Rußlands vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, russische Kunst. Ferner das System der politischen Ökonomie und Statistik, die Hauptströmungen in der Gesellschaftswissenschaft, die Geschichte des Sozialismus und das Prinzip der marxistischen Weltanschauung, das Staatsrecht der europäischen Staaten, der wirtschaftliche Aufbau Westeuropas, Handelsgeographie in Verbindung mit Handelsgeschichte. Zur Befestigung des allseitigen Wissenstreffes dienen die Resultate des naturwissenschaftlichen Gedankens des 20. Jahrhunderts und des philosophischen Gedankens des 20. Jahrhunderts.

Ferner räumt das Programm ein weiteres Feld den politischen Gegenwartsfragen ein. Imperialismus, Krieg und Revolution, Politik der Entente, die Grundgesetze der R.S.F.S.R., Sowjetaufbau und die Geschichte der kontinentalen Bewegung in Sowjetrußland.

Der Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland sind 6 Spezialkurse gewidmet und der Geschichte der russischen Journalistik 2 Kurse, ferner eine Reihe von Kursen für Geschichte und Theorie des Zeitungswesens einschließlich der Zeitungswirtschaft. Außer diesen Kursen werden alltäglich Abendvorträge über die technische Seite des Zeitungswesens gehalten.

Die Bergarbeiter über die Lebensmittelversorgung.

Der allrussische Bergarbeiterkongreß hat folgende Resolution, die Ernährungsfrage betreffend, angenommen:

Der Erfolg der Getreideausbringung spricht für die Richtigkeit der Lebensmittelpolitik der Sowjets. Das jetzige System der Lebensmittelverteilung ist das einzige, das den Interessen der Arbeitenden entspricht und die Möglichkeit eines Wiederaufbaues der Industrie bietet. Der Kongreß fordert alle Teilnehmer auf, angestrengt zu arbeiten, damit mehr Kohle zur Verfügung steht, denn nur so ist die endgültige Besserung in der Lebensmittelversorgung möglich.

Aus der kommunistischen Bewegung in Italien.

Die Mailänder Metallarbeiter gegen Amsterdam, für Moskau.

Mailand, 16. Februar. Die Vertreter von mehr als 25 000 Metallarbeitern in 80 Fabriken haben am 8. Februar eine Konferenz abgehalten, in der sie gegen die gegenwärtige Leitung des italienischen Gewerkschaftsverbandes Stellung nahmen. Der kommunistische Abgeordnete Repossi hielt eine Rede über die Gefahren des Reformismus der Gewerkschaftsbewegung. Die von der Konferenz angenommene Resolution fordert den Bruch mit Amsterdam und den Anschluß an die Moskauer Rote Gewerkschaftsinternationale. Außerdem wird die Forderung aufgestellt, daß zur Leitung des Metallarbeiterverbandes einfache Arbeiter berufen werden. Die beiden Anträge werden demnächst der Gesamtheit der Metallarbeiterschaft unterbreitet werden.

Auch die Arbeiter in den chemischen Betrieben Mailands haben spontan eine Bewegung eingeleitet, die sich gegen die Leitung des Gewerkschaftsverbandes richtet. Ungefähr 10 000 Arbeiter werden sich der kommunistischen Partei anschließen und der Gewerkschaftsbewegung neue Richtlinien geben.

Ein neuer Vorstoß der extremen Reaktion in Frankreich.

Poincaré Präsident der Senatskommission für Auswärtiges. Paris, 16. Februar. (Meldung des Holländisch-Nieuweschroos.) Poincaré wurde zum Vorsitzenden der Senatskommission für Auswärtige Angelegenheiten ernannt.

Paris, 16. Februar. „Ere Nouvelle“ bezeichnet die Wahl Poincarés zum Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten als bedauerndwert und fragt, ob die Kommission denn nicht ihre Rechte hätte wahrnehmen können, ohne den gefährlichsten Mann des Parlaments an die Spitze zu stellen. Poincaré stelle in dem Augenblick, in dem es notwendig sei, die Bündnisse zu befestigen und den Frieden endgültig sicherzustellen, eine Politik aggressiver Isolierung dar.

Die Ernennung Poincarés zum Präsidenten der Senatskommission für Auswärtiges ist ein neuer Vorstoß der extrem reaktionären Richtung in Frankreich, die schon das Kabinett Eygues führte. Sie wird in dem Maße in Frankreich die Oberhand gewinnen, als die Zuspitzung der Krise die französische Bourgeoisie auf den kapitalistisch einzig möglichen Weg der Wiedergutmachung, die buchstäbliche Beschlagnahme der deutschen Industrie hindrängt.

Aus der Provinz.

Alle Ortsgruppen des Bezirks werden dringend ersucht, uns sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses telegraphisch oder telephonisch in Kenntnis zu setzen.

Grünberg. Am 11. Februar fand im Schützenhaus in Grünberg die von der USPD und USPD einberufene Protestversammlung gegen die preussische Klassenjustiz statt. Tropdem Saal und Galerien überfüllt waren, fanden Hunderte keinen Zutritt mehr. Genosse Jämmer von der USPD schilderte in einem kurzen Referat das unmensliche Schicksal der heutigen Justiz und die Personen, denen wir dabei ausgeliefert

sind, recht gründlich, ging dann näher auf die bekannten Vorgänge am 1. November v. J. in Grünberg und die darauf erfolgten Urteile vom 27. Januar d. J. gegen vier Grünberger Arbeiter ein, oft von Entrüstungs- und Pfuirufen der Versammelten gegen diese Zustände unterbrochen. Nachdem noch zwei Genossen von der USPD die Ausführungen des Genossen Jämmer unterstützt hatten und an die Einigkeit der Arbeiter gegen dieses Raubrittertum appellierten, hielt ein gerade anwesender Redner der USPD-Berlin einen kurzen Vortrag über „Das System der Justiz im kapitalistischen Staat“ und erinnerte an die Wahlen am 20. Februar.

Das Verhalten des hiesigen SPD-Vorsitzenden, der, ohne seine Mitglieder zu fragen, die Teilnahme an der Protestkundgebung ablehnte, wurde gebührend beleuchtet und löste auch aus den Reihen seiner Parteigenossen ein lebhaftes Gort, hört und Pfuirufe aus. Die Versammlung zeigte deutlich, daß auch die Mitglieder der SPD, die noch proletarisch fühlen, zum Kampf gegen die Reaktion bereit sein werden.

Zum Schluß gelangte einstimmig folgende Resolution zur Annahme, einige Genossen forderten Streik bis zur Freilassung der Verurteilten:

An den Herrn Justizminister in Preußen!

Am 27. Januar d. J. wurden beim Schwurgericht in Glogau vier Arbeiter, die an einer Demonstration gegen allzu freche Großagrarien und Volksausbeuter teilgenommen hatten, zu hohem Zuchthaus, Ehrverlust und Gefängnisstrafen verurteilt.

Am selben Abend versammelten sich alle Geschworenen und andere ehrenwerte, echt Deutsche (wie man sagt auch die Richter und Staatsanwälte) in Straßs Weinstuben in Glogau und hielten ein großes Festessen und Trinken ab. Nachdem wohl erst der Sieg über das Grünberger Proletariat gehörig gefeiert worden war, ging man dazu über, den Geburtstag unseres Kaisers durch Halten von Gebeten und Singen von vaterländischen Liedern zu feiern. Der anwesende Vertreter der Verurteilten, Herr Rechtsanwalt Gortze, der diesen Kummel nicht mitmachen wollte, wurde nun von diesen Herren unter wüstem Geschrei und Schimpfwörtern wie Schuft, Lump, Schwein und Du verteidigt ja Sozialdemokraten gehörig geprügel und aus dem Lokal geworfen. Besonders hervorgetan haben sich hierbei die Herren: Der Schworene Rittergutbesitzer Balke aus Arnsdorf bei Glogau, Direktor der Gasanstalt Rother, Architekt Carl, Reglerungsbaumeister Sonntagmeier, Zigarrenhändler Burchert und Schild. Also dieselben Herren, die hungernde Arbeiter zu hohen Zuchthausstrafen verurteilten, verübten einige Stunden nachher dieselben Gewalttaten.

Die Grünberger Arbeiter, die am 1. November v. J. gegen die Unverschämtheit der Großagrarien demonstrierten, protestieren heute in einer Protestversammlung im Grünberger Schützenhaus gegen diese Art von Klassenjustiz in Preußen, die nicht nur ein Einzelfall ist, sondern System. Wir können es unumgänglich mehr dulden, daß in den Händen derartiger Kaufbolde das Schicksal von Arbeitern liegt. Wir fordern von dem Herrn Justizminister, sofern er noch den Anspruch darauf macht, als ein Rechtsvertreter angesehen zu werden, sofortige Untersuchung dieses Vorfalls und Revision des Urteils gegen die Grünberger Arbeiter. Grünberg, den 11. Februar 1921.

Wir fragen hier nun die Genossen der SPD: Hat Euer Vorsitzender, Herr Böttcher, diktatorische Gewalt und Rechte, um einfach zu bestimmen, wir machen mit oder nicht; wenn dies der Fall ist, dann laßt Euer dummes Getöse über die Diktatur von Moskau.

Hat aber Herr Böttcher eigenmächtig gehandelt, dann ersieht hieraus, wie dumm und für was für Schlappschwänze er Euch halten muß. Sagt ihn endlich mal zum Teufel, damit wir uns nicht mit für Euch schämen brauchen.

Hermisdorf. Die am Sonntag, den 13. Februar, in Hermisdorf stattgefundene, gut besuchte Versammlung mit dem Thema: „Die Wahlen und was wollen die Kommunisten“, wo Genosse Peter referierte, nahm einen überaus günstigen Verlauf. Unter anderem brachte der Referent auch den Offenen Brief zur Kenntnis, welcher von sämtlichen Versammelten, zum größten Teil aus MSPD-Leuten, angenommen wurde.

In der Diskussion meldete sich der MSPD-Mann Hinte, welchem es wahrscheinlich nicht ins Gehirn gehen wollte, daß man mit den Ortschaften, die von seinem Standpunkt aus für nötig gehalten werden, zu Leibe gehen soll. Im Schlußwort geißelte der Referent die Haltung einzelner SPD-Führer. Brausender Beifall zeitigte den Erfolg der Versammlung.

Lokales.

Breslau, den 20. Februar 1921.

Wie wird gewählt?

Beachtet genau folgendes: Jeder Wähler erhält beim Eintritt ins Wahllokal zwei Wahlkaverts. Das eine (blau farbe) trägt den Aufdruck: „Landtagswahl“, das andere (grün) trägt die Bezeichnung: „Provinziallandtags- und Kreistagswahl“. In jedes Kavert ist ein Stimmzettel zu legen, auf dem steht: Landtag, Provinz, Kreis; Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Bewegung der Buchdrucker. Am Mittwoch tagte in der Wilhelmstraße eine äußerst gut besuchte Versammlung der Breslauer Buchdrucker-Gesellschaft. Dieselbe nahm den Bericht der tags zuvor gewählten Kommission, die mit den hiesigen Prinzipalen über eine angemessene Erhöhung der als Laufburschen-Entgelt anzusehenden, von dem Reichsarbeitsministerium festgelegten Zeuerungszulage zu verhandeln hatte, entgegen. Der Berichterstatter teilte mit, daß nach dreistündigen Verhandlungen, wobei der Prinzipalseite eingehend die wirtschaftliche Not der Gesellschafter vor Augen geführt wurde, dieselben ergebnislos endeten, indem die Prinzipale erklärten, das Gewerbe könne eine Erhöhung der Zulage nicht vertragen. Bezeichnend für das

lokale Verhältnisse der Breslauer Buchdrucker ist der Ausdruck des Herrn Dr. Hamburger, Vertreter der sich immer so arbeiter- und handwerkerfreundlich gebärdenden Breslauer Morgenzeitung, indem er auf den Hinweis eines Schiffsverreters, in anderen Städten hätte man eine Erhöhung der Zulage erreicht, nur die Worte gebrauchte: „leider, leider“. In der Aussprache wurde dieses Verhalten scharf gekennzeichnet, es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der ärmliche Augenblick einer aktiven Handlung vorüber sei und die Gerechtigkeit nicht gewillt ist, durch unbedachtames Handeln den Prinzipalen Gelegenheit zur Entlassung der Personale zu geben, sondern daß man es vorläufig bei dem traurigen Ergebnis belassen wolle. Die einstimmig geschlossene, entschiedene Haltung der Buchdrucker-Gehilfen läßt für die Zukunft eine rücksichtslose Vertretung ihrer essenziellsten Lebensbedingungen erhoffen.

Konfektionsarbeiterstreik. Zum Streik in der Herren- und Knabenkleidungskonfektion nahm eine zahlreich besuchte Versammlung der in nicht bestreikten Firmen beschäftigten Kollegen und Kolleginnen Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Paal wurde einstimmig nachfolgende Resolution angenommen: Die heutige am 18. Februar im Gewerkschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der am Streik nicht beteiligten Kollegen und Kolleginnen spricht den Streikenden ihre vollste Sympathie aus. Die Versammlung erkennt an, daß das heutige Tarifverhältnis in der Herren- und Knabenkleidungskonfektion als vollständig ungenügend bezeichnet werden muß. Sie ist gewillt, die Streikenden moralisch zu unterstützen und mit ihnen alles daran zu setzen, den Kampf zur vollen Durchführung zu bringen.

Im Kampf gegen das freche, ausbeutende Unternehmertum kann das Proletariat nur Erfolge erringen, wenn es geschlossen zur Tat zusammensteht. Mit platonischen Versicherungen der moralischen Unterstützung ist nichts getan. Das ist eine Selbstverständlichkeit, daß Proletariat im Kampfe stehende Proletariat mit allen Mitteln unterstützen.

Sohlenlieferung. Uns wird mitgeteilt: In der Nacht vom 16. bis 17. Februar fuhr ein sechs Rastwagen des Dominium Schönborn, mit Kohle beladen, Richtung Sirehler Landstraße hinduf. Auf Befragen der Rastfahrer konnte festgestellt werden, daß die Kohle im Födelniger Dosen verladen wurde. Wir sind überzeugt, daß es sich um Schieberkohle handelt.

Wir erwarten von der Kreislohlenstelle eine Untersuchung der Angelegenheit, wir trauen es ihr aber nicht zu, daß sie etwas

finden wird, weil sie eine bürgerliche Behörde ist und bürgerliche Behörden immer nur die Wünsche der Bourgeoisie befolgen. Wenn das Proletariat Kohle besorgen will, darf es nicht auf die „Rationierung“ durch den Staat, sondern muß es auf seine eigene Kraft bauen und handeln.

Magistrats-Mitteilungen.

Zu den Wahlen am 20. Februar. Um eine möglichst schnelle Abwicklung des Wahlgeschäftes zu gewährleisten und auch bei der Doppelwahl eine glatte Abfertigung der Wähler zu sichern, werden in denjenigen Wahlbezirken, die eine verhältnismäßig große Anzahl von Stimmberechtigten umfassen, zwei Wahlstellen oder andersartige Absonderungsrichtungen aufgestellt. Im übrigen wird es Sache der Wähler selbst sein, durch unbedingtes Beachten der Anordnungen des Wahlvorstehers und möglichst beschleunigte Erledigung der Wahlhandlung zum ordnungsmäßigen und reibungslosen Verlaufe der Wahlen beizutragen.

Städtischer Kleingartenbau. Der vom Kleingartenamt beschaffte künstliche Dünger (Kalkammon, Superphosphat und Thomasmehl) wird alsbald bei Eduard Ronhaupt dem Älteren, Gartenstraße 27/29, ausgegeben. Nachausweise sind vorzulegen.

Lebensmittelverteilung.

a) vom 24. Februar bis 1. März 1921:

1. Speck auf Lebensmittelmarke R 81 und Sondermarke 11 für hoffende und stillende Mütter.
2. Weizengrieß und Feigwaren, beide Waren nur zusammen, auf Lebensmittelmarke R 32.
3. Grieß auf Nahrungsmittelmarke 232 weiß und rot und Zusatznahrungsmittelmarke 39 für Mütter.

b) Monat März 1921:

4. Grieß auf Stillleohnungsmarke 19.

c) vom 23. bis 26. Februar:

5. Amerik. Weizenmehl, auf Lebensmittelmarke R 83.

d) Osterzucker.

Die in der Zeit vom 21.-26. Februar 1921 zur Ausgabe gelangenden Sonderzuckermarken über je 1 Pfund dürfen bereits im Monat Februar beliefert werden.

Im übrigen wird auf die Bekanntmachung an den Anschlagskäulen verwiesen.

Versammlungskalender.

Montag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, wichtige Fraktionsitzung der im DGB organisierten Kommunisten im Parteilokal. Kein kommunistischer Fraktionsvorsitzender des DGB darf fehlen.

Alle Radfahrer der Partei treffen sich am Sonnabend, abends 7 Uhr, im Parteilokal.

Eisenbahnarbeiter. Alle auf dem Boden der 3. Internationale stehenden Mitglieder des DGB. werden gebeten, ihre Mitgliedsbücher in Ordnung zu bringen, da sie sonst keinen Zutritt zu der am 22. Februar stattfindenden Mitgliederversammlung haben.

Metallarbeiter. Montag, den 21. Februar, abends 6 Uhr, Fraktionsitzung im Parteilokal.

Gingefandt.

(Für Zuschriften unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preisgünstigste Verantwortung.)

Entgegnung der Firma Pöffel & Danigel auf die Darstellungen in Nr. 42 der „Volkswacht.“

Entgegen den Darstellungen der „Volkswacht“ in Nr. 42 vom 19. Februar 1921 unter der Überschrift: „Zur Lohnbewegung der Buchdrucker“, die den Anschein erwecken müssen, daß wir, die Inhaber der Buchdruckerei Pöffel & Danigel, den tariflichen Festsetzungen des Reichsschiedsgerichts betreffend die Wirtschafsbefähigung in Höhe von 156 Mk. für die Monate Februar, März, April nicht nachgekommen wären, stellen wir hiermit ausdrücklich fest, daß wir pflichtgemäß die betreffende Zahlung geleistet haben, uns aber im Einverständnis mit den übrigen Arbeitgebern auf den Standpunkt gestellt haben, die darüber hinausgehenden Forderungen der Breslauer Gehilfenchaft ebenfalls abzulehnen.

Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“
Annoncen-Expediton: Breslau 5, Rufenplan 7. Telefon: Dfhe 1391
Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Reubert,
für Inserate: Riebschwager & Meyer.
Druck: Buchdruckerei Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Fidele.
Abends 7 Uhr: Der Streifzug.
Montag 7 Uhr: Aronstuhohedzeit.
Jobst-Theater.
Sonntag u. Montag 7 1/2 Uhr: Die Fremdin.
Italia-Theater.
Sonntag nachm. 3 1/4 Uhr: Seemanns Gesell.
Sonntag u. Montag 7 1/2 Uhr: Sie.
Schauspielhaus.
Donnerstags 8 1/2 Uhr: 2545
Freitag 7 1/2 Uhr: Die kleine Kunst.
Sonntag nachm. 3 1/4 Uhr: Die Rose von Stambul.
Liedlich-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr: Menecks Löwen
und die glorreiche Seemanns-Pogrom.
Alt-Metalle
Markt Otto, Galzistr. 8.

Franz Solka, Pruthenstr. 12/14
Heute Sonntag
Große Einweihung u. Volksfest
(Eisbein-Abendbrot)
Es lobt ergehen ein Franz Solka und Fran.
Gummwaren
jeder Art
Spälsprizen
Zerigatoren
Weiß- u. Wopatsblinden
sowie künstliche
Frauenartikel
Auskauft gegen Einkundung von 1.- Mark.
Fr. C. Helbing
Breslau L, Kohnenstr. 13
Wohlmöbel
Pol. Sofa 2 Stk. 225
dts. Vertikow 225
dts. Bettgest. 2 Stück 64
neuz. Korbuhle 290
Hessingstisch 150
Pfründchen
Kompl. Schrank 300
Kompl. Möbel von 301.- an.
Chais-longues 222
Parquetmatten 148
Max Glasel, Brüderstr. 23

Am Schrippele Schweidn.-Str. 37
Uraufführung in ganz Deutschland Täglich 3 Uhr Einlass 9 Uhr
Großstadtmädels
Ein Berliner Sittenbild in 6 grossen Akten.
Nach einem bekannten Roman bringt es
Die Liebe bei Arm und Reich
Ein Bild krasser Gegensätze der Grosstadt mit von Akt zu Akt steig. dramat. Wirkung
Aus dem Inhalt:
Kleine, liebe Mädchen aus guten Häusern, von Langeweile geplagt — Arme Mädchen, Husternd und Kichernd im Dämmerlicht der Hintertreppen — Entnernte, genußsüchtige Lebendamer — Der Kampf nach Reichtum — Alles zusammen bringt ein lebendiges, packendes und erschütterndes Bild über das heutige Berlin bei Tag und Nacht
Dazu das Beiprogramm.

Behl Schrippele Melarichstraße 21/22.
21. nennn svolle
Enthüllungen
Liebeleben am (adj.) Königsplatz
6gr. fesselnd Massen-Prunk-Akte d. lebens-tollen Akte des Galanten Koenigs August der Starke
Ferner das entzückend Lustspiel
Moribplatz 3
3 pikante Akte
Variété-Schau Das beliebte Witschl-Duett der modernen Opern- u. Operetten Mager Originalische Kostumtanz!

Ceh Schrippele
Auf vielf. Wunsch: Verlängert bis Montag!
Prinz Kuckuck
bringt unerhörte Sensationen. — Atemraubende Geschehnisse. — Packende Massenszenen.
Eine blendende Ausstattung.
Einen äußerst spannenden Kampf um eine Million Vermögen.
Prinz Kuckuck führt durch das internationale Boulevard-leben Europas. — Er führt durch die Höhlen des Lasters der Großstädte. — Durch die Paläste der Kurtisanen. — Durch märchenhaft schöne Gegenden der Welt.
Prinz Kuckuck bringt nicht nur Sensationen, sondern auch ein interessant. Bittenbild der modern. Gesellschaft, meisterhaft dargestellt durch Magnus Stifter, Conrad Veldt, Diegelmann, Margarete Kupfer, Hanna Ralph nach dem Roman v. Bierbaum.
Dazu das Beiprogramm.

Konfirmanden-Anzüge
in ordn. Ausfüh.
Max Landsberg
Bismarckstr. 27
Ecke Nevestr.
Konfirmanden-Hüte
Hüte von 25 Mark an
Herren-Filzhüte
in billigen Preisen, in jeder Anzahl
Max Landsberg
Gräbenerstr. 27
Ecke Hohenstr.

Reste Langstadt
200 Stück Herren-Hemden aus Pa. Flanell jetzt 34.-
Serie I: 9.50
Residentuch Hemdenflanel Velour
Serie II: 12.50
Zücher Wascheleinen Inletts
Serie III: 14.50
Blusenflanel Handtuchstoff Mousseline
sowie Restbestände Wäsche-Konfektion zu fabelhaft billigen Preisen.
Unterstücke aus Pa. Flanel 29.⁵⁰
Frauenhemden aus Pa. Flanel 32.⁵⁰
Reinkleider aus Pa. Flanel 24.⁵⁰
Damentaghemden aus Pa. Wasch-tuch 35.- 28.⁵⁰
J.A. Langstadt, Ohlaustr. 66, a. Christophoripl.

Einfache Möbel
Abt. Abt. Nr. 29
Bogeng. Altkötterstr., L. Stock

Wiederverkäufer!
Strümpfe, 1 Dts. und 150 N., Sock. Strick-garne 1 kg netten 140 N., Hausstrümpf. Tackstrümpf. Gamas. Pant. 100 St. 22 N. S. H. S. H. 200 Paar von 60 N. an.
Kleiderstr. 100 Paar von 100 N. an.
100 Paar von 100 N. an.
100 Paar von 100 N. an.
L. Lehm, Pruth. 7
P. Pruth. 7

Genossen und Genossinnen!
Beratung billiger Strümpfe, Socken, Unterhosen, Hemden, Strümpfen, Kransetten, Selbstbinder, fertige Frauen- und Kinderhüte, Schürzen, Haube, Pant. 100 St. 22 N. S. H. S. H. 200 Paar von 60 N. an.
Richard Gumbrecht und Gumbrecht
So kein Socken, bietet 54 für ca. 30.000. Genossen
Gen. Gumbrecht, J. Gumbrecht
Gen. Gumbrecht, J. Gumbrecht

Sprechapparate
Schallplatten stets neuere Aufnahmen
Reparaturen schnellstens und billig
Schallplattenbruch u. abger. Platten werd. gel.
Wiener & Fatur
Breslau I, Schmiedstr. 48
Inferate haben in der S. H. 18.- bis 30.- großen